

Heute pfeift auf die Demokratie, wenn es den Chauvinismus gilt, und unsere Regierung soll nicht auf diesen Pein trachten. Sie hat schon den Fehler begangen, nicht Zug um Zug zu verhandeln. (Probal, rechts.)

Die Weiterberatung wird jetzt abgebrochen, um erst die Abstimmung über den Staatsgerichtshof vorzunehmen, die vor einigen Tagen aufgesetzt werden musste. Der Entwurf wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgenommen.

Abg. Preitschke (Knabch.) schlägt sich dem Protest gegen die unerhörten Gewalttaten im Rheinlande an, schildert die Unzufriedenheit des gegenwärtigen Zustandes für Handel, Industrie und das gesamte Leben in einem Lande, dessen deutscher Charakter von niemand in Zweifel gezogen werden kann, und legt die Schwierigkeiten dar, die die Zolllinie geschafft hat. So liegt kein Grund mehr vor, die Drangsalierungen einzufordern. Wenn sich heute jemand seinen Verpflichtungen entzieht, so ist es die französische Regierung. Redner ist in der Sache mit den Reden der Reichsvertreter einverstanden, bemängelt aber die Begründung, die sie der Interpellation gegeben haben. So lange sie in nationalen Mänteln die Regierung wegen ihrer Schwäche und wegen der Unterzeichnung des Ultimatums angreifen, liefern sie dem französischen Chauvinismus den Vorwand zu seinem Verhalten. Die Chauvinisten beider Länder arbeiten aber einander in die Hände. Das Volk appelliert an das Geschäftsführungsgefühl und an die Vernunft in Frankreich und England, sonst wirtschaftliche Einsicht vorhanden ist, welche aber jede nationalistische Forderung zurückweist.

Abg. Dr. Koch (Dem.): Im Waffenstillstand ist nur die Besetzung der rheinischen Brückenkopfe vorgesehen. Recht ist die ganze Provinz als erobertes Land gefasst worden. Die Absicht, die Rheinlande mit französischer Kultur zu durchdringen und somit für Frankreich zu erobern, wird in französischen Blättern offen zugegeben. Um gesetzlichsten ist aber die systematische wirtschaftliche Durchdringung des Landes, die die Ostereichung des Rheinlande zum Ziel hat. Da wir auf die Festigung dieses Zustandes hingeworben haben, bedarf keiner Erörterung. Recht aber ist es, der Regierung Vorwürfe zu machen, wenn man ihr sonst seine Hand nicht leihen will. Frankreich hat zu entscheiden zwischen einer Politik der Unterdrückung und Vaskonföderation und einer Politik, die uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen ermöglicht. Redner schlägt, der rheinische Bevölkerung für ihre Treue dankend, Raum fann unser Vaterland wohl ruhiger, aber nicht gerettet. (Probal.)

Abg. Höller (Komm.): Den Interpellanten kam es lediglich auf die Aufstellung eines nationalistischen Rummels an, denn was auf die Frage zu sagen war, hat der Reichsangler bereits mehr als einmal gesagt. Redner spricht heftig gegen die Rechte und führt dann aus, die Zwangsmassnahmen entsprechen einem dem Geldbedürfnis des französischen Kapitalismus, außerdem den Scheu der deutschen Bourgeoisie, ihren Regierungen die Mittel zu gewähren, für die Kosten des verlorenen Krieges aufzutreten. England verfolgt hauptsächlich wirtschaftliche Ziele. Frankreich politische. Beide fürchten den deutschen Handelswettbewerb, der zur Schleuderkonkurrenz geworden ist und Gegenmaßnahmen ausgeübt hat, wobei sie nicht bedenken, daß sie damit wiederum Deutschlands Zahlungsmöglichkeiten beschädigen. Dazu kommt die finanzielle Not Frankreichs. So sind die Zwangsmassnahmen verständlich. Die schwere Belastung der Bevölkerung erkennen wir an. Wenn aber andererseits die deutsche Bourgeoisie mit Unterstützung der Regierung den Wirtschaftskrieg gegen die französischen aufnimmt, so ist das nur die Fortsetzung des Weltkrieges. Wir müssen auf weitere Zwangsmassnahmen reagieren, weil Deutschland die Zwangsmassnahmen nicht erfüllen kann. Der Kapitalismus wird sich schon mit den Verhältnissen absindern. Aber das Proletariat hat in geradezu erstaunlicher Weise unter den Zwangsmassnahmen gelitten. Einiges und keine Regierung haben die Arbeiter aufeinander und gegeneinander. Sie spielen die einen gegen die anderen aus. Die Arbeiter lehnen es ab, sich an der nationalen Einheitsfront zu beteiligen. Sie werden es den Arbeiterschaften jenseits der Grenzen bemühen, daß wir den Wiederaufbau in unserem Lande erfüllen werden und können. Redner schlägt mit einer Kampfschrift gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien.

Abg. Dr. Deermann (Pader. Volksp.) schlägt sich dem Entwurf gegen die Zwangsmassnahmen an. Er schildert die Verhältnisse in der Pfalz. Die Unsicherheit lasse es nicht zu, daß Lieferungsverträge eingehalten würden. Die Arbeitslosigkeit nehme zu. Die Wohnungen würden zugeteilt und freistehende Wohnungen dürften nicht bezogen werden. Weder und Giel des ganzen Verhaltens der Franzosen ist, bei den Rheinländern den Eindruck zu erwecken, als habe das Reich sie verlassen, aber die rheinische Bevölkerung fühlt sich als ein fernöstliches Volk, und das alsmals wieder erstaunliche Nationalbewußtsein in Deutschland hat zur Festigung dieses Gedankens besonders beigetragen. Die Meinung der Franzosen, sich die Rheinlande auf irgendeine Weise aneignen zu können, sei eine Beleidigung. Auch England solle sich darüber klar sein, daß jede Zugehörigkeit zu schweren Verlusten führen würde.

Abg. Dr. Moß (Deutsche Volksp.) stellt in seinem Schlusswort die einmütige Ansicht des Reichstages fest, daß uns unrecht geschehen ist. Auch nach der Unterchrift ist nicht einmal eine Befreiung eingetreten, eher eine Verschärfung. Man hat hier von Sklaverei gesprochen. Keinmal werden gezwungen, an Mahnmässen und Begegnungen teilzunehmen, die sich gegen das Reich richten. Das alles ist begründet auf die blaue Furcht, Frankreich will angeblich Zollförderungen gewähren. Das genügt nicht. Die Zolllinie muß fallen. Frankreich will uns die Möglichkeit nehmen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen, um den Krieg zu weiterem Eindringen zu erhalten. Aber wie unfeierlich werden nicht handeln werden in dem festen Ausdruck an Deutschlands Seite. Wenn der sozialdemokratische Konservatist Eschmann sich an deutscher Befinnung nicht zu der Volkspartei überreden lassen wollte, so danke ich ihm für diesen Beweis seiner Befinnung. Aber wo lag ein Versuch an unserer Seite, der Regierung aus der Annahme des Ultimatums Verhältnisse zu machen? Man soll die Vaterlandsliebe auch beim Gegner achten. Das möge sich auch der Abgeordnete Sollmann merken. Keinmal davon sprechen, immer dann denken und dann handeln. Das sei unsere Lösung gegenüber den Zwangsmassnahmen. (Probal.)

Damit schließt die Verlesung. Das Haus verläßt sich auf morgen vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen, keine Vorlagen, Interpellationen über Monte Cenis.

Schluß 7.45 Uhr.

Der Aufruf der Interalliierten Kommission

Oppeln, 1. Juli. Die Interalliierte Kommission veröffentlicht folgenden Aufruf an die Bewohner Oberschlesiens:

Die Interalliierte Kommission gibt den Bewohnern Oberschlesiens bekannt, daß, gehorsam den Anordnungen der Interalliierten Kommission, die Kräfte der polnischen Insurgents und der irregulären deutschen Formationen sich aus ihren Stellungen zurückziehen und am Abend des 5. Juli vollständig aufgelöst sein werden. Die Verwaltung Oberschlesiens wird von da ab wieder vollständig in den Händen der Interalliierten Kommission ruhen und allen nicht regelmäßig gebildeten Organisationen wird weder Autorität noch Gewalt irgend welcher Art zugeschenkt. Von dieser Unterwerfung befriedigt und eine Besänftigung des Großes, sowie eine Sicherung der bestehenden Maßnahmen wünschend, hat die Interalliierte Kommission beschlossen, eine Amnestie für alle ungerechten Handlungen zu gewähren, die mit dem Aufstand im Zusammenhang stehen, jedoch mit Ausnahme solcher Handlungen, die in gewissem Maße Absicht oder persönlicher Nachsucht oder aus Grausamkeit begangen wurden. Von dieser Amnestie werden jedoch alle Perso-

nen ausgeschlossen, die noch einem noch bekannten noch laufenden Zeitpunkt in unbefugtem Besitz einer Schußwaffe oder von Explosivstoff gefunden werden. In der Erwartung, daß die Bevölkerung durch ihr Verhalten sich dieses Alters der Milde würdig zeigen wird, sowie seit entschlossen, jeden Versuch der Störung der Sicherheit zu unterdrücken, fordert die Interalliierte Kommission die Bewohner Oberschlesiens auf, in Ruhe und in vollem Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der alliierten Mächte die Entscheidung abzuwarten, die gemäß des Friedensvertrages von Versailles getroffen werden soll. Unterzeichnet: Der Vertreter Frankreichs: Bertrand; der Vertreter Italiens: De Marinis; der Vertreter Großbritanniens: Harold Stuart.

Einigung über die Grenzziehung in Oberschlesien

Paris, 1. Juli. Aus Sosnowice wird gemeldet, daß die Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oppeln sich über den Wortlaut des Berichts einigen konnten, der die Grenzziehung in Oberschlesien betrifft. Man hofft, daß dieser Bericht um den 10. Juli fertiggestellt sein wird.

Breslau, 1. Juli. Die zweite Zone ist von den Insurgenten geräumt. Die Engländer haben mit der Besetzung der zweiten Zone Donnerstag früh begonnen. Die dritte Zone, die das Industriegebiet mit seinen deutschen Städten einschließt, ist Sonntag den alliierten Truppen zu übergeben.

Der Kampf um Beuthen

(Eigenener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Beuthen, 2. Juli. In Beuthen sind die Insurgenten am Donnerstag nachmittag erneut in das Stadtinnere vorgedrungen, aber wieder zurückgewiesen worden. Die erste Nacht verlief seit längerer Zeit das erste Mal wieder ruhig.

Die Presse über Dr. Moser

Die Berliner Presse stellt Abereinstimmung fest, daß dem Außenminister Dr. Moser gleich seinem Vorgänger Simon eigentliches Bedenken versagt ist. Eine "Strafe" nennet es der "Völ.-An.", einen solchen Redner zuhören zu müssen. Dieser Vangel schadet zweifels und mittelbar der Separation. Bei der Erklärung selbst sagt das Blatt, es sei nicht abschreckend sympathisch, ein Reichsabgeordneter zu belügen, dessen Abstoss der gehasste Feind Deutschland ob seinen Interessen abträglich betrachten würde. Aber die Entscheidung, mit der französischen Regierung, die Isolation nicht aufzuheben zu wollen, mit Recht und Willigkeit in einem unvereinbaren Gegensatz befindet, verdient Anerkennung.

In besonders drastischer Weise beurteilt die "Deutsche Tageszeitung" die Nebenschärfen des Außenministers. Er verläßt mit dem Vortrag eines Subsekretärsbeamten hinterher und schwer verständlich ein Manuskript, als dessen Verfasser wohl eine höhere Kraft zu betrachten sei, schreibt sie. Dr. Moser spricht von dem unansehbaren Reichsstandpunkt der Regierung und von den papistischen Protesten, die gegen das Recht der Sanktionen losgelassen wurden. Das alles aber hätte ein weibliches Kabinett wissen müssen, bevor es sein Signum unter ein Städter Papier setzte, auf dem unser Todesurteil steht. Nun sei es zu spät.

Dr. Moser sprach energisch und seine Worte hätten auf speziellen Läufen, sagt die "Tägl. Rdsch.", aber energische Worte, denen keine Taten folgen, hätten wir in den letzten Jahren nie allzu viele gehört. Hingegen findet die "Deutsche Allgemeine Zeitung" anerkennende Worte für die Energie, mit der der Leiter des Auswärtigen Amtes für die Rechte Deutschlands eintretet.

Wolle und ganze Anerkennung zollt die demokratische Presse dem Minister für die Art und Weise, in der er gegen die Sanktionen zu Felde zog. Wirklich in Form und Ton vertritt die Erklärung mit Ernst und gläubiger Argumentation den deutschen Standpunkt, das deutsche Recht in der Sanktionsfrage, stellt die "Voss. Rtg." fest. — Wie das "Berliner Tageblatt" hervorhebt, kann man nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen bereits sagen, daß alle Parteien geschlossen seien gegen die unsohabe Sanktionspolitik der Entente sind. Auch die unabhängige "Zeitung" betont, daß im deutschen Volke keine Meinungsverschiedenheit darüber besteht, daß die über Deutschland verhängten Sanktionen unerträglich seien. Die "Wermutha" unterstreicht besonders die Worte Rosens über die Bereitwilligkeit Deutschlands, an der Befriedung der Welt mitzuwirken.

Der Reichskanzler zur Reparationsfrage

(Eigenener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 2. Juli. Der Reichskanzler wird vorläufiglich am 5. Juli im Reparationsanschluß des Reichswirtschaftsrates in einer großen Rede über die Reparationsfrage und insbesondere über die Tilgung der Reparationshuld referieren. Die Rede sollte bekanntlich ursprünglich am 29. Juni gehalten werden, mußte dann aber verschoben werden. Auch bis dato steht das Datum noch nicht definitiv fest, und es wäre eine nochmalige Verlegung der Rede um ein bis zwei Tage möglich, falls es die außenpolitische Lage erfordern sollte. Am selben Zusammenhang sei noch mitgeteilt, daß das Garantie-Komitee sich bei seinen letzten Verhandlungen mit dem Wiederaufbauamt in Berlin vorwiegend mit der Frage beschäftigt hat, ob die Abschubabgabe, die im Ultimatum der Entente vom 10. Mai vorliegen ist, durch einen Index ersehen werden kann. Die Verhandlungen über diese Frage dauern zunächst noch fort. Es stehen verschiedene Vorschläge zur Debatte, die aber in einem greifbaren Projekt bisher keinen Niederschlag gefunden haben.

Der österreichische Gesandte in Berlin

(Eigenener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Wien, 2. Juli. Der neue österreichische Gesandte Niedel ist gestern früh von Wien abgereist, um seinen Posten in Berlin anzutreten. Gesandter Niedel, dessen Abschlußfeindseligkeit unbestreitbar ist, müßte unter Zusätzl. u. demonstrier. Propaganda praktische Annäherungsp. ist, insbesondere wirtschaftlichen und kulturellen Abst. zu treiben und durch Befreiung überflüssiger Verhältnisse eine Vertiefung der wechselseitigen Beziehungen herzustellen.

England's Absichten auf Island

Rotterdam, 1. Juli. "Daily Express" meldet aus einflussreichen Kreisen, daß die englische Admiralität für eine Rückgewinnung Helgolands in Verhandlungen mit Deutschland eintrete. Ein Bericht des Ersten Lords der Admiralität an die englische Regierung sei abgegangen.

Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks

London, 1. Juli. Nach einer kurzen Sitzung des Rollenabschusses der Bergarbeiter hat Hodges bekannt gegeben, daß die aus den einzelnen Bezirken eingelaufenen Antworten eine überwältigende Mehrheit zugunsten der Annahme der vereinbarten Bedingungen beweisen. Soher wurde an alle Bezirke folgendes Telegramm gesandt: "Nebenamtliche Ablösung in zugunsten der Wiederaufnahme der Arbeit. Arbeit, lehrt überzeuglich zur Arbeit zurück."

London, 1. Juli. Nach dem politischen Mitarbeiter der "Daily Mail" hat der Kohlenarbeiterstreik dem englischen Schatzamt nicht weniger als 2 Millionen Pfund Sterling täglich gefestet. Die Steuerzahler werden eine Subvention an die Eigentümer von 40 Millionen Pfund Sterling bezahlen müssen, als Subvention für die Kohlenarbeiter 10 Millionen Pfund Sterling, als Anleihe für die Arbeitslosenfassen 30 Millionen Pfund Sterling, als Kosten der Schuhmäregeln gegen etwaige Unruhen 20 Millionen Pfund Sterling, als Verlust an Einnahmen aus Einkommensteuer, Schädigung der Industrie 20 Millionen Pfund Sterling. Insgesamt müssen demnach die Strei-

zahler 230 Millionen Pfund Sterling mehr an Steuern zahlen, als im Budget vorgesehen war. Zu allem hat der Streik ungefähr 500 Millionen Pfund Sterling kostet.

Die Verhandlungen zwischen Balkan und Ouktial

(Eigenener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 2. Juli. Nach Rom verlautet, daß die geheimen Verhandlungen zwischen dem Balkan und dem Ouktial zum Abschluß gekommen sind. Mit der Veröffentlichung der Regulat. will man jedoch auf politischen Gründen bis zum kommen. Herbst anlässlich der Überführung der Hilfe des Papstes Leo XIII. von der Peterskirche nach die Kathedrale des ley- teren warten.

Die italienische Kabinettsskrift

(Eigenener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Rom, 2. Juli. Nach Giulio's Regierung beantragte der König den Kammerpräsidenten Nicola, der, wie verlautet, arbeitet. Das Kabinett soll ein Ministrum der Bevölkerung und des Wiederaufbaus sein und auch die Sozialisten sind dem Nicola günstig gesinnt.

Die Arbeitslosigkeit in Italien

(Eigenener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Rom, 2. Juli. In Italien sind zurzeit 300 000 Menschen arbeitslos und 400 000 arbeiten nur an drei Tagen wöchentlich.

Eckhauser Karl

(Eigenener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Wien, 2. Juli. Hier verlautet, Eckhauser Karl werde an die französische Minderheit überredet, da er in Spanien und Griechenland keine Erlaubnis zur Einreise erhalten habe.

Der bayerische Gesandte für Sachsen

(Eigenener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 2. Juli. Wie aus München gedreht wird, hat die bayerische Regierung ihren Gesandten in Berlin von Preys nunmehr auch bei der sächsischen Regierung bestätigt. Ein bayerischer Geschäftsträger für Württemberg mit dem Sitz in Stuttgart soll in allerhöchster Zeit ernannt werden.

Die neuen amerikanischen Zölle

Washington, 1. Juli. Die neue Vorlage über die häufigen Zollabgaben, die im Repräsentantenhaus eingereicht werden.

Die neue Vorlage sieht eine Erhöhung der Zollabgaben auf den meisten Waren vor. Eine Gebühr von 25 Cent wird auf das englische Pfund Rohmineralöl gelegt, eine solche von 25 Cent auf das Pfund Verbrennungsöl. Die neue Vorlage sieht für drei Jahre die Ausschließung der Hartstoffe hin und zwar durch Errichtung eines Systems von besonderen Einfuhrverbürgungen vor und ermächtigt weiter den Präsidenten, Handelsverträge auf der Grundlage der Gegenleistung mit allen Ländern abzuschließen, sofern er den Abschluß eines solchen Vertrages als den Interessen der Vereinigten Staaten förderlich erachtet. Die Vorlage ermächtigt ferner den sogenannten Tariffausschuß, Erhebungen über das Geschäftsgeschehen der Einfuhrhäuser anzustellen, und die Unterlagen der ausländischen Gegner zu suchen, die Waren nach Amerika exportieren. Der Verwaltungsteil sieht vor, daß der Einfuhrwert auf der Grundlage der amerikanischen Marktpreise berechnet werde, nicht nach dem Einfuhrpreis in den Erzeugungsländern. Die Bill veranlaßt den Export auf 700 Millionen Dollar jährlich gegen 300 Millionen, die den vor dem Kriege eingeführte Payne-Aldrich-Zoll erbrachte. In vielen Fällen übersteigen die neuen Zölle die alte des Payne-Aldrich-Zolls; in anderen sind sie entsprechend niedriger. Indes erhöht die neue Bill die Zollstabilität eines großen Teiles der seit dem Tarif unterliegenden Einführer, macht aber auf der Grundlage der amerikanischen Marktpreise berechnet, nicht nach dem Einfuhrpreis in den Erzeugungsländern. Die Bill veranlaßt den Export auf 700 Millionen Dollar jährlich gegen 300 Millionen, die den vor dem Kriege eingeführte Payne-Aldrich-Zoll erbrachte. In vielen Fällen übersteigen die neuen Zölle die alte des Payne-Aldrich-Zolls; in anderen sind sie entsprechend niedriger. Indes erhöht die neue Bill die Zollstabilität eines großen Teiles der seit dem Tarif unterliegenden Einführer, macht aber auf der Grundlage der amerikanischen Marktpreise berechnet, nicht nach dem Einfuhrpreis in den Erzeugungsländern. Die Bill veranlaßt den Export auf 700 Millionen Dollar jährlich gegen 300 Millionen, die den vor dem Kriege eingeführte Payne-Aldrich-Zoll erbrachte. In vielen Fällen übersteigen die neuen Zölle die alte des Payne-Aldrich-Zolls; in anderen sind sie entsprechend niedriger. Indes erhöht die neue Bill die Zollstabilität eines großen Teiles der seit dem Tarif unterliegenden Einführer, macht aber auf der Grundlage der amerikanischen Marktpreise berechnet, nicht nach dem Einfuhrpreis in den Erzeugungsländern. Die Bill veranlaßt den Export auf 700 Millionen Dollar jährlich gegen 300 Millionen, die den vor dem Kriege eingeführte Payne-Aldrich-Zoll erbrachte. In vielen Fällen übersteigen die neuen Zölle die alte des Payne-Aldrich-Zolls; in anderen sind sie entsprechend niedriger. Indes erhöht die neue Bill die Zollstabilität eines großen Teiles der seit dem Tarif unterliegenden Einführer, macht aber auf der Grundlage der amerikanischen Marktpreise berechnet, nicht nach dem Einfuhrpreis in den Erzeugungsländern. Die Bill veranlaßt den Export auf 700 Millionen Dollar jährlich gegen 300 Millionen, die den vor dem Kriege eingeführte Payne-Aldrich-Zoll erbrachte. In vielen Fällen übersteigen die neuen Zölle die alte des Payne-Aldrich-Zolls; in anderen sind sie entsprechend niedriger. Indes erhöht die neue Bill die Zollstabilität eines großen Teiles der seit dem Tarif unterliegenden Einführer, macht aber auf der Grundlage der amerikanischen Marktpreise berechnet, nicht nach dem Einfuhrpreis in den Erzeugungsländern. Die Bill veranlaßt den Export auf 700 Millionen Dollar jährlich gegen 300 Millionen, die den vor dem Kriege eingeführte Payne-Aldrich-Zoll erbrachte. In vielen